

Valentin Thurn
Gundula Oertel
Christine Pohl

MIT EINEM
LEITFÄDEN ZUR
GRÜNDUNG VON
ERNÄHRUNGS-
RÄTEN

GENIAL LOKAL

So kommt die Ernährungswende
in Bewegung

 oekom

Valentin Thurn, Gundula Oertel, Christine Pohl
Genial lokal

So kommt die Ernährungswende in Bewegung

ISBN 978-3-96238-055-7

288 Seiten, 13 x 20,5 cm, 20,- Euro

oekom verlag, München 2018

©oekom verlag 2018

www.oekom.de

Einleitung

Alle Macht den Räten?

Manche nannten ihn »Sandino-Dröhnung«. Nicht ganz zu Unrecht, denn der so genannte, politisch korrekte Kaffee aus dem Nicaragua vom Ende der 1970er-Jahre brannte eher Löcher in die Magenwand, als ein Genuss zu sein. Exquisiter Kaffeegenuss stand allerdings auch nicht im Vordergrund für die »räterepublikanisch« verfassten Kollektive und Wohngemeinschaften, denen damals nichts anderes in die Tassen kam. Ihnen ging es dabei ausschließlich um die Solidarität mit den Kleinbauern Nicaraguas und ganz besonders um deren Zugang zu Grund und Boden für den eigenen Kaffeeanbau. Daher auch der Spitzname für den Soli-Kaffee, der direkt auf die Sandinisten Bezug nimmt, die 1979 gegen die Contra-Rebellen kämpften, den Diktator Somoza stürzten und schließlich eine Landreform gegen die mächtigen Großgrundbesitzer Nicaraguas durchsetzten.

Inzwischen arbeiten Ex-Contras und Ex-Sandinisten erfolgreich bei *Soppexcca*, dem Verband der nicaraguanischen Kaffekooperativen, zusammen. Und sie legen großen Wert auf die Feststellung, dass ihr Kaffee heute nicht nur fairer bezahlt wird als damals, sondern auch besser schmeckt.

Aber selbst wenn Sandino-Kaffee jetzt nicht mehr dröhnt – die Anlässe zur Solidarität hiesiger Konsumentinnen und Konsumenten mit rechtlos enteigneten Kleinbauern und ländlichen Arbeitssklavinnen in aller Welt sind seither eher mehr geworden als weniger. Weder den konventionell erzeugten und gehandelten Kaffeebohnen aus Südamerika oder afrikanischen Ländern noch den sensationell billigen italienischen oder spanischen Tomaten im Supermarktregal sieht man die ausbeuterischen Bedingungen an, unter denen sie teils erzeugt und geerntet werden. Genauso wenig wie den dicken, leuchtend roten Erdbeeren von den Großplantagen im Norden Deutschlands oder dem schnurgeraden, blütenweißen Spargel, der südlich

von Berlin auf großer Fläche unter Folien zur Frühreife getrieben wird, zum Schaden vieler Insektenarten.

Alles kann anders werden

Immer mehr Menschen beginnen jetzt zu erahnen, welche sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme ihre Nahrungsversorgung weltweit verursacht, und sie wollen sich den unverstellten Blick hinter die Kulissen der globalen Agrarwirtschaft nicht länger verwehren lassen. Doch noch funktioniert der Großteil des Lebensmittelmarktes weiter ganz unsolidarisch und ohne einen Gedanken an rücksichtslos ausgebeutete Landlose oder ebenso rücksichtslos ausgebeutete Böden, weil er unseren verschwenderischen westlichen Konsumstil zum kleinen Preis weiter bedienen will. Bleibt die Frage, wie wir dagegen ankommen. Oder wie stark der Einfluss einer Minderheit einsichtsvoll fair und ökologisch konsumierender Bürgerinnen und Bürger auf einen zukunftsfähigen Wandel tatsächlich werden kann, den die übergroße Mehrheit der Politik noch gar nicht auf dem Schirm zu haben scheint.

Der kollektive Wille, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab zusammenzubringen, wächst jedenfalls zusehends. Das beweisen nicht nur die Bauern und Bürger, die seit acht Jahren bei den »Wir haben es satt«-Demonstrationen in Berlin gemeinsam marschieren. Sondern auch die vielen ernährungspolitisch Engagierten, die das Gefühl eint, die Zeit zum solidarischen Handeln sei gekommen. Ihre Art, die Ernährungswende »von unten« zu betreiben, besteht landauf, landab in der Gründung von Ernährungsräten, die Ernährungspolitik als bürgerschaftliche Initiative organisieren. Als eine Bewegung von Menschen, die sich persönlich verantwortlich fühlen für eine Nahrungsversorgung, welche schonend und solidarisch mit Mensch und Umwelt umgeht. Und für ein Ernährungssystem, das nicht wenige Große am globalen Markt verdienen lässt, sondern viele Kleine in der Region am guten Essen für alle!

Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die überall gleiche Feststellung, wonach unsere gegenwärtigen Ernährungssysteme – lokal, national oder global – in keiner Hinsicht den Ansprüchen genügen,

die man an Zukunftsfähigkeit stellen muss: Sie sind weder nachhaltig noch gerecht. Im Gegenteil: Sie bemänteln soziale Benachteiligung und Verschwendungen lediglich mit dem Anschein von Fülle und Vielfalt. Während die Bevölkerungskonzentration in den Städten immer weiter zunimmt, werden die Folgen unserer industrialisierten und globalisierten Ernährungsweise immer deutlicher sichtbar.

Gleichwohl behandeln weite Teile der Politik die herkömmliche, vorwiegend auf billige Masse orientierte Nahrungsproduktion, welche Erzeugung und Konsum räumlich und zeitlich immer stärker voneinander trennt, als wirtschaftlich alternativlos. Nur noch ein Bruchteil dessen, was Städter heute essen und trinken, stammt vom nahen Land. Diese von aktuellen Studien gut belegte Tatsache gehört – nicht zuletzt hinsichtlich der Nahrungssicherheit in Zeiten des Klimawandels – zu den heikelsten und weitreichendsten Risiken globalisierter Lebensmittelmärkte.

Die einzige zukunftsfähige Antwort darauf sind Ernährungsstrategien, welche die Nahrungsversorgung der Städte und Kommunen stärker auf eine lokale Basis stützen. Das heißt, die konsequente »Relokalisierung« urbaner Ernährungssysteme muss als das Kernstück des nötigen Wandels betrachtet werden. Ausreichend geeignete Flächen dafür gäbe es in vielen Regionen, auch dafür häufen sich in jüngster Zeit die wissenschaftlichen Belege. Die entsprechenden Studienergebnisse setzen allerdings voraus, dass wir die heute zu Ernährungszwecken pro Kopf beanspruchte Fläche auf ein sozialökologisch verträgliches Maß reduzieren können. Was gut erreichbar wäre mit einer politischen Rahmensetzung für weniger Fleischverbrauch und Lebensmittelverschwendungen. Und womit auch schon der Hinweis verbunden ist, dass ökologisch nachhaltige Regionalversorgung ohne eine deutliche soziale Komponente Gefahr liefe, als bloß elitäres Gourmetprojekt für reiche Bio-Konsumenten zu enden.

Zivilgesellschaftliche Expertise füllt politische »Leerstellen«

Dass das Feld der Stadternährungspolitik derzeit noch auf weiter Flur unbestellt ist, hat aber nicht nur Nachteile, lässt dies doch einer »Ernährungspolitik von unten« den Raum, tatsächlich einen

demokratischen Wandel in unserem Ernährungssystem durchzusetzen. Erfahrene Experten aus den *Food Policy Councils* in den USA und Kanada beklagen allerdings, dass der gesellschaftliche Wandel sich nur sehr langsam in der Regierungspolitik widerspiegelt. Mark Winne, Berater des US-amerikanischen Food-Policy-Netzwerks, sagt beispielsweise: »Obwohl Ernährungsräte teils seit Jahrzehnten aktiv sind, kommt das Wort ›Ernährung‹ bis heute in der offiziellen Politik kaum vor. In keiner Stadt, in keinem Staat und auch nicht im Landwirtschaftsministerium der US-Regierung existiert eine Abteilung, die ›Ernährungs-irgendwas‹ heißt.«

In Großbritannien hat kurioserweise ausgerechnet das mehrheitliche Ja zum Brexit eine Situation geschaffen, die den Neuanfang in der Entwicklung der Ernährungssysteme unausweichlich macht – was von den Food-Aktivisten des Landes als die oben schon erwähnte Chance begriffen wird, *A People's Food Policy* an diese Leerstelle zu setzen, einen Empfehlungskatalog, der zeigt, wie Ernährungspolitik aussehen müsste, wenn Menschen und nicht Profitinteressen in den Mittelpunkt gestellt würden. Auch die Initiativen im deutschsprachigen Raum sind durchaus gewillt, die bisherige politische Ignoranz gegenüber dem Thema als Steilvorlage zu nutzen, mit deren Hilfe ernährungspolitische Vorstellungen und Ziele aus der Bürgerschaft zur Grundlage eines konsequent gemeinwohlorientierten Transformationsprozesses werden können.

Das wäre etwas Neues, Zukunftsweisendes. Denn was Ernährungspolitik seit den 1950er-Jahren bis heute vor allem bestimmt, sind die Interessen der Agrarindustrie und die der Wissenschaftler und Lobbyisten, die ihr zuarbeiten. Es ist nur zu ihrem Vorteil, wenn der Schwerpunkt unserer Agrarpolitik auf der Steigerung von Hektarerträgen und inzwischen auch zunehmender Exportorientierung liegt. Vor allem Ersteres mag ursprünglich und in der Nachkriegszeit ein nachvollziehbares Ziel von Züchtung und Anbauweisen gewesen sein, weil es damals zuerst darum ging, möglichst viele Nahrungsrohstoffe zu möglichst geringen Kosten zu produzieren, damit das Sattwerden auch für einkommensschwache Familien erschwinglich blieb.

Heute wird zwar genug produziert, damit es für alle reichen könnte. Hunger und Mangelernährung sind aber eben nicht nur ein Problem, dem mit wirtschaftlichen Ertragszielen beizukommen wäre. Sie sind heute weltweit und damit auch hierzulande eher die Folge ungleicher Ressourcenverteilung und extrem ungerecht verteilter Einkommenschancen.

Beide, die Ziele von gestern ebenso wie die Gerechtigkeitslücken von heute, führen dazu, dass landwirtschaftliche Betriebe immer mehr zu Lieferanten billiger Rohstoffe für die industrielle Nahrungsmittelproduktion degradiert werden. Dies ist ebenso wenig hinnehmbar wie ein agrarindustriell bestimmtes Anbausystem, das für globale Märkte produziert statt für Menschen in der Region. Oder Supermarktregale, die mit kostengünstigen Kalorien aus den immer gleichen Standardzutaten vollgestopft werden. Hier findet sich eine Flut von Produkten, die, bunt verpackt und aufwendig beworben, eine Vielfalt von Geschmack und Qualität vortäuschen, welche tatsächlich nicht mehr ist als die bloß äußerliche Diversität von Marken! Alles dreht sich hier um Effizienz, Massenproduktion und Kostenvorteile.

Doch spätestens seit der letzten Jahrtausendwende haben sich die Prioritäten vieler Konsumenten zu verschieben begonnen. Neben einem steigenden Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des Ernährungssystems haben der Klimawandel und die Finanzkrise mit dafür gesorgt, dass die Nahrungssicherheit von Städten, die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit (Resilienz) von Anbausystemen und vielfältige Sortenverfügbarkeit nun stärker in den Fokus rücken. Vor diesem Hintergrund müssen die Erhaltung und Förderung kleinerbäuerlicher, regionaler und ökologischer Landwirtschaft zum Kardinalziel urbaner Ernährungspolitik erklärt werden. Denn damit kann die Landkonzentration in wenigen Händen und zu einseitigen Anbauzwecken (Mais für Biokraftstoffe, beispielsweise auf Riesenflächen in Brandenburg) am besten aufgehalten und stattdessen die ortsangepasste Sorten- und Tiervielfalt gefördert und empfindliche Ökosysteme wie Böden und Gewässer geschützt werden. Ein derart zukunftsähiges Anbausystem wäre zugleich eine intelligente Antwort

auf die gewachsenen Anforderungen vieler Konsumenten an Nährwert und geschmackliche Qualität ihrer Lebensmittel.

Allmende statt Almosen!

Solange jedoch der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik noch so viel mehr Gewicht hat als das Interesse der Allgemeinheit an gesunden Böden, gesunden Tieren und Menschen und unbelasteter Qualitätsnahrung, kann sich zukunftsfähige Ernährungspolitik nicht durchsetzen. Genau das ist aber der Anspruch, den Ernährungsräte an die Verantwortlichen in den Stadt- und Kommunalverwaltungen haben: dass sie – nicht zuletzt mithilfe der in den Räten gesammelten Expertise – dafür sorgen, dass wir Konsumentinnen und Konsumenten die Kontrolle über unsere urbanen Ernährungssysteme zurückgewinnen können. Lebensmittel sind schließlich keine Ware wie jede andere. Ihre Erzeugung und die Teilhabe an ihrem Konsum dürfen nicht allein wirtschaftlichen Zielen dienen! Denn das Recht auf Nahrung ist ein schwarz auf weiß verbrieftes Menschenrecht. Nur macht Papier natürlich niemanden satt. Auch Kinder im »reichen Deutschland« nicht, in deren Elternhaus es für das Nötigste nicht reicht.

25 Jahre Existenz der Tafeln in Deutschland sind auch kein Grund zum Jubeln. Das dennoch mit offiziellen Festakten gefeierte Jubiläum sollte uns vielmehr eine Mahnung sein, endlich ernsthaft dafür zu sorgen, dass Almosen für hierzulande eineinhalb Millionen Menschen nicht länger als notdürftiger Ausgleich für den sozialstaatlichen Abbau herhalten müssen. Keiner Frau, keinem Mann und auch keinem Kind darf mehr ein Grundeinkommen versagt bleiben, das ihr menschliches Grundrecht auf genug qualitativ hochwertige Nahrung wahren kann.

Ernährungsdemokratie heißt für uns, dass die berechtigten Interessen der Allgemeinheit beim Essen und Trinken nicht länger auf dem Altar rein wirtschaftlicher Partikularinteressen geopfert werden. Nur ein zukunftsfähiges, demokratisch bestimmtes Ernährungssystem kann auch grundlegenden Verbraucherrechten den ihnen gebührenden Vorrang einräumen. Etwa ein allgemeines Verfügungsrecht

über Saatgut und Tierzucht als Grundlage echter Wahlfreiheit bei allem, was auf unsere Teller kommt. Wenn Bürger und Bürgerinnen das Vertrauen zurückgewinnen, dass die Politik dabei auf ihrer Seite steht, dann stärkt das ihr Ja zur Demokratie mit Sicherheit mehr als jede Chance zur Stimmabgabe bei einer Wahl.

Vernetzt denken und handeln

Der Einfluss, den verschiedenste Politikbereiche darauf haben, wie wir Lebensmittel produzieren und wie unser Konsum- und Ernährungsstil aussieht, ist offensichtlich. Das reicht von Haushaltsentscheidungen über die Wirtschaftsförderung für Garten- und Landbau, über Flächennutzungspläne und Nutzungsarten von Stadtgütern bis zur Ernährungsbildung und zum Schuleessen sowie weiteren Formen der Gemeinschaftsverpflegung. Und weiter von der Handelspolitik und politisch geduldeten Marketingstrategien der Nahrungsindustrie bis zu Gesundheitsversprechen auf Produktetiketten, von der Einkommenspolitik bis hin zur Stadtplanung und der Mietpreispolitik.

All diese Entscheidungsbereiche liegen in der Hand einzelner Verwaltungsebenen und verschiedener Ressorts. Und längst nicht alles kann auf kommunaler Ebene beeinflusst werden. Doch diese Streuung von Verantwortlichkeiten kann auch als Chance verstanden werden, zu experimentieren und lokale Erfolge zum Modell für andere werden zu lassen.

Eine zukunftsfähig und regional gedachte Ernährungsstrategie für Städte und die sie umgebenden Regionen müsste auch Antwort geben auf die Frage, wie von der billigen Massenproduktion von Lebensmitteln wegkommen wäre, ohne gleichzeitig das schmale Budget der einkommensschwächsten Konsumenten weiter zu strapazieren, die sich schon jetzt nur das einfachste Essen vom Discounter leisten können. Oder wie man mit Kleinbauern umgeht, die auf gestiegene Erträge und Exportchancen hoffen, weshalb ihnen zusätzliche Umwelt- und Tierschutzauflagen als existentielle Bedrohung erscheinen müssen.

So viel ist sicher: Der nötige Wandel wird nur gelingen, wenn er über mehrere Jahre geplante Anpassungsschritte an neue Rahmenbe-

dingungen für alle vorsieht: mit klar vorgezeichneten Zeithorizonten und einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit aller politisch Verantwortlichen, die dabei eine gemeinsame Vision verwirklichen wollen. Und es ist klar, dass dies nur im Rahmen einer sorgfältig geplanten und sektoral integrativen Ernährungsstrategie denkbar ist. Wobei auch die klügste und weitsichtigste lokale Strategie auf lange Sicht nur als Teil einer zukunftsähnlich erneuerten nationalen Ernährungspolitik erfolgreich sein wird.

Die Richtung, in der unser Ziel liegt, bestimmt das politische Konzept der Ernährungssouveränität als konkrete Utopie.

»**Ernährungssouveränität** bedeutet das Recht von Individuen, Gemeinschaften, Völkern und Staaten, ihre eigene Landwirtschafts-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Bodenpolitik zu bestimmen unter Berücksichtigung ihrer jeweils spezifischen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Das Konzept beinhaltet sowohl das Recht auf Nahrung wie auch das Recht, Nahrungsmittel zu produzieren. Das Recht auf Nahrung garantiert allen Menschen den Zugang zu sicheren, nahrhaften und kulturell angepassten Lebensmitteln sowie den Zugang zu den notwendigen Ressourcen, um Nahrungsmittel produzieren und sich und ihre Gesellschaften erhalten zu können.« (International Planning Committee on Food Sovereignty 2004)

So gesehen, muss sich eine zukunftsähnliche Ernährungsstrategie, die diesen Namen verdient, auf jedem ihrer Entwicklungsniveaus an diesem Konzept messen lassen. Vor allem um zu beweisen, dass sie die Ernährungsdemokratie als ihr Ziel nie aus den Augen verliert. Ernährungsräte sollten ihre Stadt- und Kommunalverwaltungen deshalb auffordern, lokale ernährungspolitische Strategien stets im direkten Dialog mit der regionalen Bevölkerung zu entwerfen.

Denn nur wenn der strategisch geplante Transformationsprozess breite Unterstützung von allen Seiten erfährt, werden sich die loka-

len Ernährungssysteme in Zukunft wieder vorwiegend auf regionale Landwirtschaft und Verarbeitung stützen, dabei Natur- und Umweltschutz vom Acker bis zum Teller und den Zugang zu guten Lebensmitteln für alle selbstverständlich werden lassen, gestärkte lokale Märkte, faire Preisbildung und existenzsichernde Einkommen und vieles mehr erreichen.